

apflspalten

November 2012

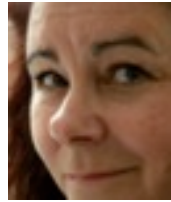
21. Jg.



Impressum:

Offenlegung gemäß §23 des Mediengesetzes. Herausgeber: ÖLI-UG Landesgruppe Wien-apflug. Medieninhaberin und für den Inhalt verantwortlich: Gabriele Bogdan. Redaktionelle Betreuung: Kurt Muck. Alle per Adresse: 2484 Weigelsdorf, Schotterweg 14. e-mail: gaby.bogdan@aon.at

auf'fabert



Gaby **Bogdan**,
Personalvertreterin für
apf im ZA und im DA des
6. IB

Die Verhältnisse haben sich grundlegend geändert. Relativ übersichtlich war die Gesellschaft bis vor einiger Zeit organisiert. Hier ArbeitnehmerInnen, da ArbeitgeberInnen. Gesetze regelten das Zusammenleben. Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts drängte die Wirtschaft auf Deregulierung. Im Zuge dieser gewann die Geldwirtschaft losgelöst von der (produktiven) Realwirtschaft immer mehr Einfluss.

Was nun das Finanzkapital in den letzten Jahren im Eilzugtempo geschafft hat - nämlich den Staat auf Kosten der Allgemeinheit abzuzocken - will nun das Industriekapital kopieren. Die wollen natürlich nicht leer ausgehen bei der Umverteilung des Volksreichtums. So hat Herr Spindelegger sich nun mit 300 ÖVP-Topmanager zusammengesetzt und als Experten ein sogenanntes Reformpapier erarbeitet. Alter Tenor: "Mehr privat, weniger Staat." Der Staat soll Geld einheben, aber nicht für die Allgemeinheit ausgeben, sondern vermehrt die Wirtschaft damit „fördern“. **Danke und Bravo!!!**

Ein Themenschwerpunkt dieser Reformen ist dem **Bildungswesen** gewidmet. Reflexartig und unhinterfragt wird sofort die Behauptung aufgestellt, dass das Bildungswesen eins der teuersten ist, der Output allerdings zu wünschen übrig läßt. Seltsamerweise merken die im System arbeitenden LehrerInnen und auch VerwaltungsbeamtInnen gar nix vom ressourcenmäßigen Überfluss. Im Gegenteil kämpfen die Involvierten seit nunmehr schon Jahrzehnten mit ständigen Einsparungen. Scheinheilig wird von den PolitikerInnen und den nachgeordneten Behörden von Qualitätssicherung gesprochen und ein Reförmchen nach dem anderen ersonnen. Mehr kosten darf's selbstverständlich

nicht. Wenn pro Klasse in den 90er Jahren noch bis zu 52,5 LehrerInnenwochenstunden pro Woche zur Verfügung standen und jetzt nur mehr 40 kann sich der/die Wohlmeinendste vorstellen, dass da was auf der Strecke bleiben muss. Die Öffentlichkeit hört aber nur von enormen Kosten und fragt sich, warum da nicht mehr rausschaut. Bei PISA und so. Die Frau Ministerin und ihre Behörde kann natürlich nicht aufklärend wirken, denn dann müsste sie ja den Murks eingestehen, der bei uns Bildungspolitik genannt wird. Also wird die unselige Diskussion um *schlechte LehrerInnen* vom Zaun gebrochen. Da freuen sich die Schreiberlinge der Boulevardpresse wenn sie ihr Halbwissen aus ihrer unbewältigten SchülerInnenvergangenheit unter die Leute bringen dürfen. Und so schüren sie emsig Vorurteile (enorme Gagen - geringe Arbeitszeit, lange Ferien und das alles bei Halbtagsjobs) Die Ministerin freut sich auch, weil sie mit angepöbelten LehrerInnen bei Verhandlungen um ein neues Dienstrecht und Besoldung leichteres Spiel hat.

Ganz nebenbei wird auch noch die Gewerkschaft, die traditionsgemäß eh schon ziemlich knieweich agiert, von den Medien und den PolitikerInnen als Betonierer und notorische Neinsager diskreditiert, um einen weiteren Keil in eine ohnehin schon weitgehend entsolidarisierte Gesellschaft zu treiben.

Was dabei herauskommt ist eine "Schulreform", die sich auf Umbenennung der - von der ÖVP auf Gedeih und Verderb gewollten und von einer knieweichen SPÖ abgesegneten - Hauptschule in eine KMS, NMS, oder WMS, oder... ??? Alles nur alter Wein in neuen Schläuchen.



Ein Blick allein ist nicht genug!

Zur OECD-, Studie ' Bildung auf einen Blick

Andreas Chvatal,
HS-Lehrer in Wien, ÖLI-UG
Mandatar in der APS-
Gewerkschaft



Der Begriff „Studie“ ist in bezug auf die OECD Tabellensammlung *Bildung auf einen Blick* zumindest irreführend. Er legt fälschlicherweise nahe, dass das zusammengestellte Datenmaterial das Ergebnis wissenschaftlicher Forschungstätigkeit sei. Dies ist mitnichten der Fall. Die OECD fragt einfach die Daten von den teilnehmenden Ländern ab. Es kann weder überprüft werden, ob die Angaben der Länder stimmen, noch, ob die Berechnungsvorgaben der OECD sinnvoll sind. Keinesfalls kann diesen Zahlen eine präzise Aussagekraft zugeschrieben werden. Sie sind, wie ihr Name schon andeutet, ein Über-BLICK, der wohl im Großen und Ganzen stimmige Bilder vermittelt, als Basis für genaue Analysen aber ungeeignet ist.

Oft genügt schon ein flüchtiger zweiter Blick, um sonderbare Ungereimtheiten in den Tabellen der OECD zu finden. Zum Beispiel bei der Arbeitszeit der LehrerInnen (Tabelle D 4.1). Österreich hat die Fragen der OECD zu diesem Punkt offenbar ordnungsgemäß beantwortet.

Gefragt war die Zeit, die LehrerInnen im Jahr in der Klasse verbringen und zwar in 60 Minuten Stunden. Folgende Werte wurden der OECD von Ö übermittelt:

Primarstufe - 779 Stunden in der Klasse,
Sekundarstufe I - 607 und
Sekundarstufe II - 589.

Diese Angaben sind bestens nachvollziehbar. Zum Beispiel die Sekundarstufe I (AHS):
20 Wochenstunden Unterricht x 36 Schulwochen = 720 Jahresstunden x 50 : 60 = 600 Jahresstunden à 60 Minuten.
Kommt hin - im Großen und Ganzen, wie bei der OECD üblich.
Es gibt dabei nur ein kleines Problem: Eine Gruppe von etwa 25 000(!) österreichischen Lehrkräften ist in dieser Tabelle überhaupt nicht erfasst, nämlich die HauptschullehrerInnen. Für sie stimmen weder 600 noch 607 Stunden auf der Sekundarstufe I. Sie müssten mit mindestens 630 Stunden (à 60 Min.) berücksichtigt sein, da sie 21 Wochenstunden unterrichten.

Der beträchtliche Unterschied zwischen den 600 oder 607 Stunden der Sekundarstufe I und den 779 Stunden der Primarstufe (VS) ergibt sich, weil die OECD es erlaubt, auf der Primarstufe Gangaufsichten mitzuzählen. Warum die Sekundarstufe I das nicht darf, bleibt ungeklärt. Bei durchaus realistischen 60 Minuten Gangaufsicht pro Woche würden sich die österreichischen Werte auf 643 (AHS) bzw. 666 (HS) erhöhen. Das heißt, die OECD berücksichtigt neben 25 000 - nachweislich existenten - LehrerInnen auch eindeutig erbrachte Arbeitszeit nicht.

Damit aber nicht genug. In einer weiteren Tabelle wird die Gesamtarbeitszeit der LehrerInnen verglichen. Der österreichische Wert für die Sekundarstufe ist hier zweifellos dem

Pflichtschuldienstrecht (LDG) entnommen: 1776 Stunden. Einmal gilt also der AHS-Wert und die HS kommt nicht vor, ein paar Seiten weiter ist es genau umgekehrt. Damit ist wohl über die Aussagekraft dieser Tabellen alles gesagt. Niemand kann wissen, wie viele derartige Ungenauigkeiten diese und andere Ein-Blick-Tabellen noch enthalten. An sich kein Beinbruch, war die Optik des Bildungsblicks halt ab und zu ein bissl geknickt. Wer wird es denn so genau nehmen?

Bedenklich wird es aber, wenn..

- .) die Unzulänglichkeiten von *Bildung auf einen Blick* mit Inbrunst ignoriert,
- .) die OECD Zahlen zu unwiderlegbaren wissenschaftlichen Befunden hochstilisiert, und
- .) damit politische Forderungen untermauert werden.

Anlässlich des Erscheinens des neuesten OECD Bildungs-Blicks feierte diese Praxis wieder einmal fröhliche Urständ. Argumente wie das folgende waren schnell zurechtgebogen: „Die OECD hat bewiesen(!), dass die österreichischen LehrerInnen weniger unterrichten als ihre KollegInnen in den meisten anderen Ländern. Deshalb muss(!) die Arbeitszeit der LehrerInnen in Österreich erhöht werden.“

Auf diese Weise werden die Zahlen der OECD missbraucht, um eine populistische Forderung zu begründen. Dabei wird bewusst verschwiegen, dass...

- .) die OECD nichts bewiesen haben kann, sondern nur Werte abgefragt und Tabellen zusammengestellt hat,
- .) die Aussagekraft der Zahlen fragwürdig und keinesfalls über jeden Zweifel erhaben ist
- .) die Notwendigkeit der Erhöhung der Arbeitszeit eine völlig willkürliche Interpretation der OECD Ergebnisse ist.

Boulevardmäßig aufgeputzt mit den entsprechenden Tabellchen und Bildchen,

bereichern Argumentationsweisen wie diese die österreichische Bildungsdebatte mit einem gehörigen Schuss profilierungsneurotischer Unsachlichkeit, deren statistische Grundlage fragwürdiger nicht sein könnte. Geradezu erschreckend ist, dass die zuständige Ressortchefin durchaus nicht abgeneigt ist, sich an dieser Art von Meinungsmache zu beteiligen. Um ihr Vorhaben, die Arbeitszeit der LehrerInnen zu erhöhen zu befördern, ist der Dame offenbar jedes Mittel recht. Als Positivum kann in dem Zusammenhang gesagt werden, dass anspruchsvollere Printmedien sich an dem Spielchen nicht mehr beteiligen. Unter ernsthaft arbeitend JournalistInnen scheint sich eine realistische Einschätzung der OECD „Studie“ durchzusetzen.

Im vorjährigen OECD Ein-Blick-Ranking der LehrerInnen Gehälter, welches die Anfangs- und die Endbezüge, sowie die Gehälter nach 10 bzw. nach 15 Jahren einbezog, lag Österreich - mit sehr ähnlichen Einzelwerten, wie den obigen - auf Rang 16(!) von 36, für besagte „Bildungsexperten“ also mitten im Spitzenfeld. Wir lernen: Wenn Vorurteile verbreitet werden sollen, um die öffentliche Diskussion zu beeinflussen, ist es völlig egal, wenn diese schlicht und einfach nicht belegbar sind.. Es genügt der Verweis auf eine sogenannte „Studie“ und schon ist Platz 16 ein Spitzenrang. Die Tatsache, dass viele Forderungen in der österreichischen Bildungsdiskussion, mit Zahlen begründet werden, über die jene, die diese Forderungen stellen, selbst nicht wirklich bescheid wissen, ist bezeichnend für das Niveau der Auseinandersetzung. Daher ist es wenig verwunderlich, dass fast alle aktuellen Forderungen auf simple Einsparungsmaßnahmen hinauslaufen, die mit pädagogisch motivierten Schulreformen nicht das Geringste zu tun haben.

Pädagogisch motivierte Schulreformen?
Da war doch was? - Nur was?
Vielleicht Gesamtschule?

Vielleicht ganztägige Betreuung auf höchstem Qualitätsniveau?
Oder: Demokratisierung des Schullebens durch Wahl der Schulleitungen?
Oder: Universitäre Ausbildung aller Bildungsberufe?
Oder gar: Autonome LehrerInnenteams?

Nein, doch nicht! All das kann mit Schulreform nichts zu tun haben. Denn, aus der OECD Studie *Bildung auf einen Blick* sind – zweifelsfrei, eindeutig und klar – keinerlei dahingehende Hinweise ersichtlich.



Chancengerechtigkeit durch Leseförderung?



S. Weghofer

PersonalvertreterInnen für apfl im 17. IB



B. Weichinger

Österreich steht hinsichtlich Bildungsgerechtigkeit sehr schlecht da
(Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung: 24. Platz von 31 Ländern!).

Gute Lesefähigkeiten sind zweifellos eine grundlegende Basis für Bildungserfolg. Jetzt könnte man hoffen, dass durch die neuen Überprüfungsunterlagen („Lesecheckschachtel“..), diverse Tests und Fördermaßnahmen zum Thema Lesen ein Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit getan wird, weil der Gruppe der „schwachen“ LeserInnen besonderes Augenmerk gelten soll. Ständig steigt durch die zahlreichen Überprüfungen der Druck auf die LehrerInnen. Da werden Klassen und Schulen miteinander verglichen, LeiterInnen und LehrerInnen müssen sich

vor der Dienstbehörde rechtfertigen. Das Klima an so manchen Schulen verschlechtert sich und LehrerInnen fühlen sich oft entmündigt.

Vor allem aber: Werden diese Maßnahmen die wirklich schwachen LeserInnen erreichen? Es hat den Anschein, dass die diversen Testungen im Mittelpunkt stehen, aber Tests sind keineswegs Fördermaßnahmen! Bei der Vorstellung der „Lesecheckschachtel“ auf der PH lag der Schwerpunkt auf dem Diagnosematerial. Es gab kaum Vorschläge zur Förderung der Kinder, die nicht zusammenlauten oder kaum lesen können. Nur nebenbei erwähnt wurde die Tatsache, dass das sinnentnehmende Lesen oft auf Grund des fehlenden lexikalischen Wissens nicht möglich ist. Befremdend war die wiederholt gehörte Äußerung: „Alle Kinder werden Sie sowieso nicht erreichen können!“

Es fehlt am Willen der Förderung der Schwächsten unter den RisikoschülerInnen.

Was wäre dafür notwendig?

Unumgänglich ist die Förderung dieser Kinder im Einzelunterricht bzw. in Kleinstgruppen.

Dem Problem des fehlenden sinnentnehmenden Lesens muss wieder durch vermehrten Einsatz von BegleitlehrerInnen Rechnung getragen werden. Gezielte Deutsch-Förderung aller Kinder in der Grundstufe 1 ist dringend notwendig. Außerdem ist es höchst an der Zeit, dass alle LehrerInnen die Gelegenheit bekommen, sich fortzubilden, wie sie Deutsch als Zweitsprache unterrichten können. Es fehlt nach wie vor an geeigneten Schulbüchern und Literatur, die für Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch sinnvoll einsetzbar ist.

Die jetzigen Maßnahmen zur Leseförderung werden vermutlich dazu führen, dass sich die Leseleistungen der „mittelmäßigen“ SchülerInnen verbessern. Auf der Strecke bleiben die Schwächsten unter den RisikoschülerInnen.

Wo bleibt die Chancengerechtigkeit? Womit wir wieder am Ausgangspunkt unseres Artikels wären.....



NMS in Wien – *ein NEUER Etikettenschwindel!*



Trixi Halama,
*Personalvertreterin für apfl
im 5. IB*

Nun gibt es auch in Wien die NMS (Neue Mittelschule), die neben der AHS-Unterstufe, der Wiener Mittelschule (WMS), der Kooperativen Mittelschule (KMS), der rar gewordenen Hauptschule (HS) und dem Sonderpädagogischen Zentrum (SPZ) als sechste (! sic) Schulform für Zehn- bis 14-Jährige zur Auswahl steht. Eine Schulform in der Kinder mit und ohne AHS-Reife gemeinsam unterrichtet werden und die bundesweit bis 2018/19 die Hauptschule ersetzen soll.

Dafür entwickelte man einen Modellplan, Gender/- Kunst und Kulturbeauftragte wurden von den DirektorInnen bestellt und LerndesignerInnen in den Wiener Stadtschulrat geladen. Im darauf folgenden dreitägigen bundesweiten LerndesignerInnenseminar in der Ramsau (Mai 2012) erhielten diese dann, nebst Kost und Verpflegung, Information darüber, wie wichtig sie denn seien und welche wesentliche Rolle sie in der Umsetzung der Neuen Mittelschule spielen. Es wurden dort Inputs zur Umsetzung der Qualitätsmerkmale (Lernseitige Orientierung, Differenzsensibilität, Kompetenzzernen, Rückwärtiges Lerndesign, Differenzierung, eine neue Form der Leistungsbeurteilung (4.0 Skala)) gegeben und die Rolle des Lerndesigners, der Lerndesignerin am Standort wurde definiert. Man versprach ein Infopaket (für alle NMS noch vor Schulschluss).

Mit Schulbeginn kam dann das Paket ... zwei Türschilder und geschätzte 20 NMS –

Luftballons... und sonst NIX! Mittlerweile sind die ernannten und durchaus motiviert gewesenen LerndesignerInnen Geschichte. Im Durchführungserlass zur NMS werden sie nicht mehr erwähnt. Letzten Informationen zu Folge sollen in Zukunft „SQA – Beaufträge“ für Schulqualität am Standort sorgen... (Eine Abgeltung für diese Tätigkeit ist angedacht – Informationen dazu gibt es noch keine) Was ist das für ein „Palawatsch“? Was sollen die KollegInnen, die seit diesem Schuljahr in NMS Klassen unterrichten umsetzen und in welcher Form? Laut einer diesbezüglich beantworteten Anfrage an den zuständigen (Koordinator der NMS in Wien, Hrn. BSI, Hofrat Mag. Dr. Rupert Corazza) sind die folgenden Punkte relevant: (21. Sept. 2012)

1. Leistungsbeurteilung

Es gilt, dass Schularbeiten und andere Leistungen in der 5. und 6. Schulstufe ausschließlich mit einem 5-stufigen Notensystem ohne Unterscheidung von Leistungsgruppen oder ähnlichen Bezeichnungen zu beurteilen sind“ (Die logische Folge in Wien (Begründung s.u) ist, dass ein Großteil der SchülerInnen nur mehr die Noten 3-5 sehen werden...)

2. Kompetenzentwickelnde Jahresplanung

3. Ergänzende differenzierende Leistungsbeschreibung

soll gemeinsam mit der Schulschicht und dem Jahreszeugnis schon in diesem Schuljahr ausgehändigt werden. Das „Wie und in welcher Form?“ wurde mit: „*Dies ist in Wien in Form der Europassmappe (bzw. in Form der einzelnen Kompetenzbeschreibung (Checklisten))*“ beantwortet. (Europass Schlüsselkompetenzen sind ursprünglich für 8. Schulstufe vorgesehen...)

4. Elternsprechtag – Kinder-Eltern-Lehrerinnengespräche

Einigermaßen irritiert fragen kritische Wiener KollegInnen, „WAS, BITTE will die Neue Mittelschule?“

Diese halbherzige und semiprofessionelle Umsetzung der NMS in Wien zeigt deutlich, dass in Wien niemand an eine erfolgreiche Neue Mittelschule glaubt... und das zu Recht!

Wien ist anders... das zeigen die Ergebnisse des Wiener Lesetests (demografisch bedingt gilt die Tatsache, dass Eltern, so weit sie nur irgendwie in der Lage sind, sich davor hüten, ihr Kind in einer Hauptschule, KMS oder NMS beschulen zu lassen. Warum auch? Seitdem die Aufnahmeprüfung für die AHS unter Kreisky 1971 abgeschafft wurde – gibt es keinen Grund (Entfernungen spielen in Wien, aufgrund des dichten AHS-Netzes keine Rolle) – seinem Kind nicht alle Bildungschancen offen halten zu wollen – es sei denn, man ist der deutschen Sprache nicht mächtig, oder man/frau hat aufgrund desaströser sozialer Verhältnisse keine Möglichkeit sein/ihr Kind dahingehend zu „be-fördern“. Der Druck der Eltern auf

VolksschullehrerInnen in Wien bezüglich Notengebung (=AHS-Berechtigung) ist so groß, dass viele „RisikoschülerInnen“ in Deutsch die Note „Sehr Gut“, „Gut“ (in Summe ca. 20 %) im Abschlusszeugnis der 4. Klasse Volksschule erhalten. Das zeigen die Ergebnisse des in Wien durchgeführte Lesetests (2012, siehe Grafik).



In der KMS, NMS und zum Teil auch in der WMS landen daher SchülerInnen, die meist keine AHS – Berechtigung haben. Die, für den weiteren Bildungsweg entscheidenden Phase, verbringen sie dann, in einer „Restschule“. Das Gefüge dort, ist durch ein Konglomerat von „lernschwachen“, „sozial benachteiligten“ Kindern und auch solchen mit großen Sprachdefiziten, problematisch und wenig förderlich. (Ähnlich, wie in der ehemaligen Sonderschule). Die Chance auf einen Schulabschluss mit einer Beurteilung nach „Vertiefter Allgemeinbildung“ (AHS) ist entsprechend gering. Demzufolge ist die Bezeichnung „Neue Mittelschule“ in Wien ein wenig überraschender, in den Medien stets negierter, Etikettenschwindel! Die LehrerInnen in diesen Schulen haben den unerfüllbaren Auftrag aus den ihnen anvertrauten SchülerInnen, „MittelschülerInnen“ zu machen. Der Jammer dabei ist, dass so sehr sie sich auch abmühen – diese Arbeit - eine Sisyphusarbeit bleibt. Wen wundert, dass sich da Frust breit macht? LehrerInnen „zersprageln“ sich und Kinder spüren, dass sie den geforderten „Standards“ nicht entsprechen können. „RestschülerInnen“ bleiben, bedingt durch ihr soziales Umfeld und durch die Beibehaltung des selektiven Schulsystems weiterhin benachteiligt ! Nur eine gemeinsame Schule der 10-14 jährigen mit ehrlich heterogener SchülerInnenpopulation, die im Stande ist diese Diversität positiv zu nützen, bietet eine gerechte Bildungschance für alle! Was hindert eine rotgrüne Wiener Stadregierung daran, ein solches, für diese Stadt einzig sinnvolles, Schulmodell umzusetzen? Weg mit diesem Schulfleckerlteppich und dem Etikettenschwindel - her mit der Gemeinsamen Schule – einer fairen und aussichtsreicheren Perspektive für unsere „Lost Generation“!



Splitter

Externistenprüfung

6,80€ erhalten LehrerInnen, wenn sie Externisten prüfen. Die Zusammenstellung der Prüfungsunterlagen, das Vorgespräch, die Durchführung und die Nachbesprechung ergeben einen Zeitaufwand von mindestens 3 Stunden und somit einen Stundenlohn von ca 2,25€ (brutto!). Wir fordern eine leistungsadäquate Abgeltung!

Sabbatical

In den skandinavischen Ländern (bekannt auch für erfolgreiche Bildungspolitik) gibt es das Sabbatical (Freijahr) schon sehr lange. Man hat erkannt, dass diese Form der Auszeit einen guten Schutz gegen das „Burn Out“ bietet und LehrerInnen in der Regel wieder gestärkt und motiviert zurückkehren. Leider vermiest die Schulaufsicht durch willkürliche Diensteinteilungen diesen Positiveffekt. So passiert im 18.IB: Eine Kollegin musste schon im Schuljahr VOR dem Sabbatical in eine andere Schule – und das – obwohl alle Betroffenen (DirektorInnen, Eltern und KollegInnen) das nicht wollten. Zehn Jahre war sie an ihrer Volksschule engagiert und erfolgreich tätig – wollte eine Auszeit – und wurde dafür „bestraft“. Sie ist nun in einem ganz anderen Bereich (SPZ) diensteingeteilt und hat dort ein völlig neues Aufgabenfeld. Ihre hochwertigen integrativen Fähigkeiten und Lernangebote kann sie leider nicht mehr umsetzen. „Bravo!“ – so schaut MitarbeiterInnenmotivation aus! – SO wird Anerkennung und Wertschätzung von Seiten des Wiener Stadtschulrates zum Ausdruck gebracht!

T. Halama

Hausübungen?

Nun haben wir sie wieder, die Diskussion um die Hausübungen. Frankreich wird als Beispiel genommen. Dort ist von aller höchster Stelle die Sinnhaftigkeit solcher in Frage gestellt worden. Allerdings ist die Ausgangslage eine andere. Hier wischi-waschi-Halbtags/Ganztagsschule, dort Ganztagsschule. Dort ist nicht einzusehen, dass nach einem ganzen Arbeitstag zu Hause auch noch gearbeitet werden sollte.

Aber bei uns?...

Übrigens musste schon ein Unterrichtsminister Zilk in selbiger causa zur Kenntnis nehmen, dass man in einem geschlossenen System nicht an beliebigen ZipferInnen herumdozieren kann.

„Absentismus“

Geld regiert die Welt. So heißt's bei uns. Und ein kleines Beispiel zeigt die zwei Seiten dieser Medaille: Fliegt ein Kind mit Eltern in den Urlaub, so ist das idyllisch. Unter Umständen. Aber möglicherweise auch nicht, sondern strafwürdig. Dann nämlich, wenn die Eltern der oben genannten Logik folgen und sich dem kapitalistischen Gesetz von Angebot und Nachfrage beugen. Zur Hauptreisezeit sind Tickets teurer. Paar Tage vorher/nachher ist's günstiger. Und schon ist sie offen - die Zwickmühle. Die Schulpflicht steht den ökonomischen Zwängen entgegen. Und flugs sind diejenigen, die immer die gemeinnützige Institution „Schule“ als kundenorientierten Betrieb darstellen, die Rufer nach strenger Bestrafung. Natürlich soll nicht den „Staglern“ das Wort geredet werden. Aber Augenmaß ist auch hier gefragt. Stures Negieren der Lebensverhältnisse außerhalb des Biotops „Schule“ treibt die ohnehin in Bedrängnis Lebenden weiter in die Bredouille und bringt dem Schulbetrieb überhaupt nix. Auch hier gibt der Hausverstand Lösungen vor - oder???

km

